



LEUCHTTÜRME Das Zentrum Paul Klee (im Bild) sowie das Kunstmuseum in Bern und das Freilichtmuseum Ballenberg bei Brienz will der Kanton als nationale und internationale Aushängeschilder der Berner Kultur positionieren. BAR

Noch mehr Altglas sammeln

Regierung genehmigt Sachplan Abfall 2009

Die Sammelquote von 46 Prozent für wiederverwertbare Abfälle wie Altpapier, Altglas, Grünabfälle und Altmittel sollen die Bernerinnen und Berner bis 2015 auf rund 50 Prozent steigern. So sieht es der Regierungsrat in dem von ihm genehmigten Sachplan Abfall 2009 vor. Bei den biogenen Abfällen setzt der Sachplan Leitplanken. Die Vergärungsanlagen schöpfen zwar das energetische Potenzial dieser Abfälle aus, sie verdrängen jedoch gleichzeitig gut funktionierende Kompostierungsanlagen, heisst es in einer Mitteilung des Kantons.

Als verbesserungswürdig wird die Verwertung von Bauabfällen erachtet. Gegenwärtig würden im Kanton Bern erst 60 Prozent der mineralischen Bauabfälle verwertet. Das Potenzial betrage aber mindestens 80 Prozent. Zur Zielerreichung müsse der Kanton seine Vorbildfunktion wahrnehmen und vermehrt recycelbare Baustoffe einsetzen. Um der illegalen Entsorgung von Bauschutt entgegenzuwirken, will der Regierungsrat die geltenden Vorschriften besser durchsetzen.

Regionalplanung gefordert

Bei den Inertstoffdeponien und Aushubablagungsstellen bestünden in einzelnen Regionen Defizite. Hier müssten die Regionalplanungsverbände genügend Ablagerungsstandorte in ihren Richtplänen festlegen. Weiter sei die Behandlung und Verwertung von verunreinigtem Aushubmaterial und von Abfällen aus der Strassenentwässerung zu verbessern.

Laut der Mitteilung wird nur ein geringfügiger Anstieg der Siedlungsabfälle erwartet. Die Kapazitäten der Kehrichtverbrennungsanlagen reichten deshalb aus. Nicht verändert würden die Einzugsgebiete der Kehrichtverbrennungsanlagen. Das gelte auch für die Region Huttwil, wo dieses Thema intensiv diskutiert wurde. (UZ)

Sukkurs für erste Kulturstrategie

Grosser Rat diskutiert Umstrukturierung der kantonalen Beiträge an die Berner Kulturinstitutionen

SAMUEL THOMI

Die erste kantonale Kulturstrategie nimmt der Grosse Rat grundsätzlich wohlwollend zur Kenntnis. Damit ist Bern nach Zürich und Appenzell Ausserrhodens der dritte Kanton, der sich solche Leitlinien gibt. Bis 2012 soll daraus ein Kulturförderungsgesetz entstehen.

Während in der vorbereitenden Grossratskommission noch kritisiert wurde, es handle sich nicht eigentlich um eine richtige Strategie, sondern lediglich um eine «Umverteilung der Kosten» (vgl. Ausgabe vom 17. Februar), war gestern im Rathaus kaum mehr die Rede davon. Prominent wies einzig noch Beat Glaucque (Ittigen) namens der FDP darauf hin. Für den Kanton resultieren aus der neuen Beitragsstrategie (s. Kasten rechts) Mehrkosten von insgesamt 4,1 Millionen Franken. Die entsprechende Summe für den Kanton wird via Lastenausgleich den Gemeinden verrechnet.

Als Standortvorteil ausspielen

Auf Antrag der Kommission beschloss der Rat, die Regierung solle Institutionen mit nationaler und internationaler Ausstrahlung – Zentrum Paul Klee, Kunstmuseum Bern und Ballenberg – zusammen mit Standortgemeinden noch stärker als Tourismus- und Standortvorteil bewerben.

WER ZAHLT KÜNFTIG WAS?

Der Kanton Bern zahlt jährlich gut 50 Millionen Franken Kulturförderungsgelder. Rund zehn Prozent davon entfallen jeweils auf einmalige Projekte oder Veranstaltungen; rund ein Prozent fließt direkt an Künstlerinnen oder Künstler. Der Rest sind wiederkehrende Beiträge an Institutionen und Organisationen. Mit der Kulturstrategie will der Kanton dieses Beitragsgeflecht entwirren. Als «Leuchttürme» – oder Institutionen von

unbestritten war im Rat, dass das in Ausarbeitung befindliche Theaterkonzept für die künftige Ausrichtung des Berner Stadttheaters ebenfalls noch in die Umsetzung der kantonalen Kulturstrategie einfließen solle.

Dass Kultur nicht einzig über Geld definiert werden könne, darauf verwies Kommissionsspre-

cherin Susanne Bommeli (FDP/Bremgarten). «Kultur kann nicht alleine dem Markt überlassen werden, sonst ist die Vielfalt gefährdet», mahnte sie. Kultur lasse sich «nicht befehlen, und von der Politik in der Ausrichtung inhaltlich auch nicht dreinreden.» Kantonsaufgabe sei es, im Verbund mit den Gemeinden flächen-

deckende und attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen. Bildungs- und Kulturdirektor Bernhard Pulver (Grüne) hob besonders den in Ausarbeitung befindlichen Aus- und Aufbau der Kulturvermittlung an der Volksschule hervor (wir berichteten). So könne – neben der eigentlichen Kulturförderung – auch das zweite in der Verfassung verankerte Ziel erreicht werden.

Kommt Volks-Kultur zu kurz?

Beatrice Struchen (Epsach) bemängelte namens der SVP, die neue Kulturpolitik des Kantons sei «zu stark an nationalen Museen ausgerichtet». Darob drohe die Volkskultur unterzugehen.

Mehrfach gelobt, da erst nach der Vernehmlassung neu in die Kulturstrategie aufgenommen, wurde gestern die neue Förderung des Berner Filmschaffens.

Die Strategie wird heute fertig beraten und verabschiedet.

Nicht nur Kitas unterstützen

Entlastung gefordert für Eltern von Vorschulpflichtigen, die zu Hause betreut werden

Der Kanton muss in seinem geplanten Familienbericht auch Möglichkeiten zur Entlastung von Eltern, die vorschulpflichtige Kinder zu Hause betreuen, prüfen.

SAMUEL THOMI

Der Auftrag ist offen formuliert – die Diskussion im Grossen Rat ergab dennoch, dass der Kanton ernsthaft Modelle prüfen soll, die eine Entlastung von Eltern, die ihre vorschulpflichtigen Kinder zu Hause statt ausserhaus betreuen lassen, zur Folge hätte. Anlass zur bisweilen emotional geführten Debatte war der allgemein gehaltene Vorstoss Marianne Streiff (EVP/Köniz), der «mindestens» die Ausarbeitung eines Modells von der Regierung verlangte.

Regierung für Familie und Beruf

Da sich diese aber für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausspricht, wollte sie die Motion nicht annehmen. Gesundheitsdirektor Philippe Perrenoud (SP) begründete, im Unterschied zur Hausbetreuung seien etwa Beiträge zur Unterstützung von Kindertagesstätten (Kitas) «Massnahmen der Wachstumsstrategie», welche auch in den Richtlinien der Regierungspolitik enthalten seien.

Dem hielt Streiff entgegen, sie wolle diese «Geringschätzung der Familienarbeit» nicht hinnehmen und bemängelte, für junge Eltern bestehe «keine Wahlfreiheit». Sie verwahrte sich gegen den Vorwurf, damit spiele sie traditionelle Familienbilder gegen Kita-Modelle aus. «Genauso vehement, wie ich für familienexterne Kinderbetreuung kämpfe, fordere ich die Gleichbehandlung anderer Modelle» (s. Kasten unten).

HÖHERE KINDERABZÜGE

Der Kanton Bern muss sich beim Bund für höhere Kinderabzüge bei der Bundessteuer aussprechen. Der Grosse Rat beschloss das bereits am Dienstag in Übereinstimmung mit der Regierung. Laut einem Vorstoss Marc Josts (EVP/Thun) sollen Kinderabzüge auf 8800 Franken erhöht werden. Die Fremdbetreuungskosten dagegen wollte er nicht zum Abzug zulassen, solange Familien, die Kinder selber betreuen, nicht gleichgestellt würden und auch einen Abzug gewährt erhielten (vgl. Haupttext). Regierung und Parlament wollten Familien- und familienexterne Betreuung nicht gegeneinander ausspielen und lehnten die Forderung ab. (SAT)

Auf offene Ohren stiess das Anliegen bei der SVP. Laut Bethli Küng (Saanen) aber aus anderen Überlegungen: «Mit ihrer Antwort diskriminiert die Regierung alle Hausfrauen.» Die Begleitung der Kleinkinder in den ersten Jahren sei «erwiesenermassen entscheidend für deren weiteren Lebensverlauf». Auch Daniel Pauli (BDP/Köniz) stellte sich hinter die Prüfung. Im Gegensatz zu Franziska Fritschy (Worb). Die FDP stützte die Regierungshaltung – Unterstützungen des Staates seien auf die externe Betreuung zu beschränken. Für die Prüfung des Anliegens als unverbindlicheres Postulat konnte sich die SP schliesslich erwärmen, so Parteipräsidentin Irene Marti (Bern). Der Vorstoss kam durch. Perrenoud zufolge soll das Resultat in den für Herbst geplanten Familienbericht einfließen.

Neue Kita- und Tagesschul-Tarife

Zwei weitere überwiesene Postulate verlangen Anpassungen der Kita- und Tagesschultarife. Daniel Kast (CVP/Bern) und Hans-Jörg Pfister (FDP/Zweisimmen) wollen Entlastungen für gutverdienende Familien erreichen, die für Kita-Plätze heute oft überproportional mehr zahlen – sodass sich dafür arbeiten oft kaum mehr lohnt.

Nachrichten

Hausärzte-Bericht und Massnahmen

Der Regierungsrat muss dem Grossen Rat einen Bericht über die Situation der Hausärzte im Kanton respektive über die Zukunft der ambulanten medizinischen Versorgung vorlegen. Laut Gesundheitsdirektor Philippe Perrenoud (SP) werde der entsprechende, bereits von seinem Vorgänger in Auftrag gegebene Bericht, bis Sommer veröffentlicht. Mit grossem Mehr beschloss das Parlament zudem, dass die Regierung «geeignete Massnahmen ergreifen» müsse, um das Hausarzt-Modell langfristig zu sichern. Markus Meyer (SP/Roggwil), der mit einem Vorstoss die Hausarztdebatte auslöste, zeigte sich zufrieden – «wenn man am Problem auch weiter dranbleiben muss». Da ein Grossteil Bundes- oder Fragen im Kompetenzbereich der Standesorganisationen seien, zog er gar eine Standesinitiative in Erwägung. (SAT)

Grosser Rat Mentoring-Programm für Migrantinnen wieder prüfen

Qualifizierte Migrantinnen sollen weiter die Möglichkeit haben, in einem Mentoring von einer Schweizerin in den Arbeitsalltag eingeführt zu werden. Der Grosse Rat überwies einen Vorstoss Corinne Schärers (Grüne/Bern), der die Weiterführung eines Angebots des Christlichen Friedensdienstes forderte. Mit 70 zu 66 Stimmen (bei 6 Enthaltungen) wurde das Postulat gegen den Regierungswillen nicht gleich auch als erledigt abgeschrieben. (SAT)

Grosser Rat Kinder besser vor Gefahren des Internets schützen

Der Kanton muss eine Sensibilisierungs- und Präventionskampagne zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung im Internet lancieren. Zudem muss die Regierung Vorschläge machen, wie Bezugspersonen die Jugendlichen besser auf Gefahren des Internets aufmerksam machen könnten. Motionär Daniel Steiner-Brütsch (EVP/Langenthal) betonte, es werde in dieser Sache noch nicht genug getan wie dies der Regierungsrat in seiner Antwort suggeriere. Und wenn etwas passiere, zeigten sich Medien und Öffentlichkeit darob jeweils entsetzt. Mit klarem Mehr überwies das Kantonsparlament den Vorstoss; der Antrag auf Abschreibung als erledigt scheiterte mit 73 zu 67 allerdings nur knapp. (SAT)

Ipsach Wer kennt die tote Frau aus dem Bielersee?

Letzten Freitag wurde bei Ipsach im Bielersee die Leiche einer Frau gefunden. Gestützt auf Ermittlungen gehen die Untersuchungsbehörden laut der Kantonspolizei nicht von einem Verbrechen aus. Bisherige Versuche, die Tote zu identifizieren, blieben aber ohne Erfolg. Die Frau ist 1,68 Meter gross, von fester Statur und hat halblange, schwarze Haare. Sie trug zuletzt schwarze Hosen und Pullover sowie mehrere Schmuckstücke – zwei Eheringe mit den Gravuren «Eric 12 sept 1948» und «Irene 12 sept 1948», zwei Ringe, drei Armbänder und eine Jowissa-Uhr. Die Polizei bittet um Hinweise (032 344 51 11). (KBE)